

Position von Bildung Bern zur integrativen Schule

Hintergrund

Durch die Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention und die Einführung des Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet sich die Schweiz, schulische Integration als Priorität zu behandeln. Integrative Schulungsformen sollen – soweit möglich – gefördert werden. Oberstes Ziel ist das Wohl des Kindes.

Laut aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen bietet die integrative Schulung langfristig mehr Vorteile. Kinder und Jugendliche mit leichten bis mittleren Lern- und Verhaltensschwierigkeiten, die in Schulformen integrativer Art lernen, haben mehr Erfolg im späteren Leben und zeigen bessere Schulleistungen als separiert geschulte Schüler:innen. Davon profitiert schlussendlich die ganze Gesellschaft. Auch werden Regelschüler:innen ohne besonderen Förderbedarf durch schulische Integration nicht gebremst. Studien belegen auch, dass die Wahl der Schulform eine untergeordnete Rolle spielt. Viel wichtiger sind die Unterrichtsqualität und die Förderung, die dem Kind innerhalb der gewählten Form geboten wird.

Die Schule befindet sich im Spannungsfeld zwischen gesetzlichen Grundlagen, Forschungsergebnissen und der gelebten Realität. Damit die integrative Schule funktionieren kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Integration muss für das gesamte System tragbar sein. Dabei haben auch Eltern eine wichtige und grosse Verantwortung. Bildung Bern setzt sich ein für eine qualitativ gute integrative Schule.

Deshalb fordert der Verband:

Genügend personelle und fachliche Ressourcen

Schulische Integration funktioniert nur, wenn fachliches Knowhow vorhanden ist. Es braucht genügend adäquat ausgebildete Heilpädagog:innen und Lehrpersonen, die sich regelmässig weiterbilden. Insbesondere die Klassenlehrperson benötigt genügend Zeit und Kapazität für die Unterrichtsgestaltung, den Beziehungsaufbau zu den Lernenden, die Elternarbeit sowie die Kooperation und Koordination innerhalb des Schulteam. Alle Schulleitungen müssen über heilpädagogisches Grundwissen verfügen und genügend Zeit für Absprachen erhalten. Weitere Unterstützung können die Schulsozialarbeiter:innen oder Klassenassistenzen bieten. Die Kompetenzen und Verantwortungen aller Beteiligten müssen geklärt sein.

Kleinere Klassen und Team-Teaching

Es braucht überschaubare Klassengrößen mit einer Obergrenze von 20 Schüler:innen und Team-Teaching. Zudem benötigt es genügend geeignete Schulräume und lernförderndes Material.

Entlastungsmöglichkeiten durch temporäre Time-Outs

Es braucht Entlastungsmöglichkeiten bei schwierigen Situationen, z.B. die Möglichkeit eines temporären Time-Outs für Schüler:innen, die durch ihr Verhalten eine Klasse stark belasten. Langfristiges Ziel soll aber stets sein, Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf wieder in die Klasse zu integrieren.

Ressourcen für viele statt für wenige

Klassen zur besonderen Förderung entlasten das System nur scheinbar. Meistens werden Knaben mit Verhaltensproblemen, fremdsprachigem Hintergrund oder aus sozial schwierigen Verhältnissen in diesen Klassen aufgenommen. Die Gefahr der Diskriminierung und Stigmatisierung besteht. Lehrpersonen müssen entsprechend geschult und sensibilisiert werden. Weiter generieren Klassen zur besonderen Förderung mehr Aufwand durch eine regelmässig zu prüfende Selektion. Und sie binden Lektionen. Für die Ressourcierung der Klassen zur besonderen Förderung (KbF) werden Lektionen aus dem VRM-Pool genutzt. Je nach Modell bis zu 30L pro Klasse. Diese Lektionen fehlen in Folge den Regelklassen für die integrative Förderung. Zudem muss konkretisiert werden, für welche Kinder genau die Klassen zur besonderen Förderung gedacht sind (Kinder mit Lernschwächen oder doch Verhaltensauffällige?).

Genügend ausgebildete Heilpädagog:innen

Adäquat ausgebildete Heilpädagog:innen fehlen. Es braucht mehr Personen mit SHP-Ausbildung. Attraktive Rahmenbedingungen für die berufsbegleitende Ausbildung sind notwendig. Weiter müssen die Heilpädagog:innen effizienter und pragmatischer im System eingesetzt werden können. Ressourcen sollen dem Kind und dem ganzen System zugutekommen. Hier braucht es den nötigen Spielraum.

Offenheit gegenüber Integration im Allgemeinen

(Diese Haltung entspricht den Anforderungen des LP21: Grundlagen, Kp. Kompetenzorientierter Unterricht, eine didaktische Herausforderung)

Es geht nicht nur um die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf, sondern allgemein um Fragen des Umgangs mit Heterogenität. Dazu gehören Chancengerechtigkeit, Diversity, Bildung für alle und Selbstbestimmung. Zentral ist dabei eine offene und reflektierte Haltung aller an der Bildung beteiligten Personen. Unterricht gelingt, wenn Vielfalt als Ressource wahrgenommen und der Unterricht entsprechend differenziert gestaltet wird. Hierzu braucht es wiederum genügend Ressourcen

Pragmatische Lösungen statt defizitorientierter Ansätze

Bildung Bern unterstützt, dass neu die erweiterte Unterstützung eU (ehemals Pool2) und wie bis anhin die integrative Förderung auch ohne fixe Diagnose gesprochen

werden kann. Nach wie vor müssen jedoch alle betroffenen Kinder bei der EB angemeldet werden. Dies verursacht viel Bürokratie und führt zu langen Wartezeiten. Selbstverständlich können Diagnosen Sinn machen, da der Umgang mit der Beeinträchtigung einfacher werden kann. Problematisch ist aber, wenn ausschliesslich durch Abklärungen Ressourcen geholt werden können. Das System ist aktuell defizitorientiert und führt zu Stigmatisierungen. Ein flexibler und pragmatischer Einsatz von Lektionen aus einem erweiterten Pool für jede Schule wäre sinn- und wirkungsvoller. Über diesen Pool könnte die Schulleitung selbstbestimmt verfügen. Das bedingt ein Wegkommen von der kopfgebundenen Ressourcierung, wie sie zurzeit im Rahmen der erweiterten Unterstützung üblich ist.

Stärkung der Familien durch frühkindliche Förderung

Angebote im Bereich frühkindlicher Förderung müssen ausgebaut werden. Die Zahl der Schüler:innen mit erhöhtem Förderbedarf steigt, sowohl in Regel- wie auch in Sonderklassen.

Werden Familien früh gestärkt, können Probleme rechtzeitig angegangen werden. Die Ursachen für schwieriges Verhalten müssen gefunden und sollen nicht nur auf Symptomebene angegangen werden.